



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Deutsche Sorgen in Österreich. 4.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

nicht eingegangen werden darf, bevor das Land sich ausdrücklich darüber ausgesprochen hat.“ „Andre wichtige Fragen, deren Lösung die Kammer mit Ungeduld erwartet,“ sollen „unverzüglich und mit dem festen Willen, sie zu lösen, in Angriff genommen werden. . . Das erste Bedürfnis des Landes ist Ordnung, Aufrichtigkeit und Regelmäßigkeit in den Finanzen. (Ein eigentümliches Geständnis!) Überzeugt, daß ernstliche, mit Umgestaltung unsers Steuersystems verbundene Ersparnisse allein die öffentlichen Zustände sicherstellen können, werden wir für 1888 die zur Verwirklichung dieser Reformen erforderlichen Maßregeln beantragen.“ Ferner kündigte der Minister Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung, des Elementarunterrichtes und des Ackerbaues an. Dann schloß er mit den Worten: „Wenn es uns gelingt, diese Vorsätze zu gutem Ende zu führen, werden wir dann nicht den Wünschen des Landes entsprechen und sein Vertrauen auf die Republik befestigt haben?“

„Wenn es uns gelingt“ und dann eine Frage, das sieht wenig zuversichtlich aus, und in der That wird Goblet einen schweren Stand haben und wahrscheinlich nicht lange Minister bleiben. Bereits mußte er bei der Wahl eines Gehilfen für die auswärtigen Angelegenheiten den Ansprüchen der Opportunisten nachgeben und statt des diesen unbequemen Bourré den Senator Flourens zur Übernahme dieses Postens auffordern. Bereits wird von den meisten Pariser Blättern auch diese Wahl höchlich gemißbilligt. Bereits hat Clémenceau in der Kammer erklärt, das Programm Goblets mit seiner Enthaltbarkeit gegenüber den vom Radikalismus verlangten Reformen, namentlich der Trennung von Kirche und Staat, sei unbefriedigend. Weiteres wird ohne Zweifel nicht lange auf sich warten lassen, und schließlich wird eine neue Drehung des Kaleidoskops erfolgen, und dann wieder eine, und so fort mit Grazie, aber nicht in infinitum.



Deutsche Sorgen in Österreich.

4.



ie wir gesehen haben, entwickelte sich das jetzige österreichisch-ungarische Staatengebilde durch Angliederung nichtdeutscher Nationalitäten an die Deutschen der Ostmark, die mithin historisch den Stamm oder Kern desselben darstellen. Sie faßten sie zusammen, erhielten sie in der Vereinigung und vermittelten ihnen ihre Kultur. Sie sind endlich, wenn wir von Ungarn absehen, wo unter fünf Millionen Magyaren etwa zwei Millionen Deutsche wohnen, an Zahl das Hauptvolk; denn sie zählen

in der cisleithanischen Reichshälfte 8 Millionen, während die Tschechen hier nur 5,2, die Polen 3,2, die Ruthenen 2,8, die Slowenen 1,1, die Serbokroaten 0,563, die Italiener 0,668, die Rumänen 0,191 und die Magyaren 0,01 Millionen zählen. Mit andern Worten: deutsch ist die Nationalsprache von 36,8, tschechisch die von 23,8, polnisch die von 14,8, ruthenisch die von 12,8, slowenisch die von 5,2, italienisch die von 3, serbokroatisch die von 2,6, rumänisch die von 0,88, magyarisch die von 0,05 Prozent der Bevölkerung. In sieben Kronländern betragen die Deutschen 55 bis 100, in dreien 30 bis 49, in vierein 6 bis 19 Prozent der Bewohnerzahl. Daß sie nicht die absolute Mehrheit der Gesamtbevölkerung ausmachen, ist richtig, aber die zehn Millionen der cisleithanischen Slawen sprechen vier so wesentlich von einander abweichende Sprachen, daß sie sich so wenig verstehen wie der Rumäne den Italiener oder der Holländer den Dänen. Wir haben also in Österreich-Ungarn neben den Deutschen zwar Magyaren und Romanen, aber kein Slawenvolk, sondern nur eine Gruppe solcher vor uns, deren Glieder überdies verschiedene Traditionen und Interessen haben und nur in der Gegnerschaft gegen die Deutschen einig sind. Der Panlawismus ist eine Fiktion von Gelehrten und Pseudopolitikern und wird es bleiben, so lange diese Herren nicht eine Schriftsprache schaffen und zur Geltung bringen, welcher sich alle slawischen Stämme bedienen, und so lange es ihnen nicht gelingt, die Polen Rußland gegenüber ebenso empfinden, denken und streben zu lehren, als die Tschechen oder richtiger als deren Professoren, Parlamentsredner und Zeitungsschreiber mit ihrem Schweife. Diese mit ihren Gesinnungsverwandten unter den Polen und Slowenen hassen das Deutschtum als die stärkste der Klammern, welche die Quadern des Staatsgebäudes mit einander verbinden. Die letzten Ziele aber, welche die mit diesem Hasse parallel laufenden positiven Bestrebungen im Auge haben, sind von der Art, daß auf sie das Sprichwort Anwendung leidet: Ein Glück, daß unser Herrgott der Ziege den Schwanz nicht hat länger wachsen lassen; sie schlug sich sonst die Augen damit aus. Die Errichtung einer Anzahl lose miteinander zusammenhängender slawischer Kleinstaaten an oder neben der Stätte, wo Österreich zerbröckelt wäre, ist ein Plan so abenteuerlicher, so unpolitischer, so ganz und gar unnatürlicher Art, daß man ihn nicht für möglich halten würde, wenn er nicht schon wiederholt mehr oder minder laut und deutlich ausgesprochen worden wäre. Die halbe Abtrennung Ungarns und die bisherigen Erfolge derselben für die Magyaren beweisen nichts gegen dieses Urteil; denn noch ist hier nicht aller Tage Abend.

Ist alles Bestreben, Österreich als Nationalitätenverband staatlich zu lockern, unnatürlich und verhängnisvoll, so ist es dagegen ein natürlicher Vorgang, wenn die räumliche Vermischung der nationalen Elemente in den Provinzen mit der Assimilierung dieser Elemente Hand in Hand geht. Zum Bewußtsein ihrer Eigenart erwachte und aufstrebende Nationalitäten suchen die Verschmelzung

der fremden Minderheit unter sich durch Nachhilfe mit äußern Mitteln zu beschleunigen und sich auf Kosten derselben zu heben. Wenn etwas der Art unter Kaiser Josef zu Gunsten der Deutschen im ganzen Reiche geschah, so ist der Unterschied der damaligen Vorgänge von den heutigen größer als die Ähnlichkeit beider. Der Grund jener Germanisierungsversuche war keineswegs der nationale Eifer des österreichischen Volkes, das bis 1861 so wenig wie die Magyaren und Slawen bei Regierungsmaßregeln mitzureden hatte, und der Zweck des Kaisers war nicht sowohl Stärkung des Deutschtums, als engere Vereinigung der Bestandteile des Reiches, Unifizierung, nicht Germanisierung. Und wenn die Regierung bis 1848 von ihren Beamten die Kenntnis der deutschen Sprache forderte, so war das kein unbilliges, sondern ein ganz selbstverständliches Verlangen, welches mit einer Bevorzugung des Deutschtums schon deshalb nicht zusammenfiel, weil damals von deutschem Denken und Streben unter den Österreichern nicht viel zu finden war. Dagegen war das deutsche Idiom in dieser Periode wie noch heutigen Tages das allgemeine Mittel, mit dem sich nicht nur die Deutschösterreicher mit den Magyaren und Slawen, sondern auch die letzteren miteinander verständigten. Da jeder Gebildete es sprach und schrieb, so fiel es keinem ein, sich zu beklagen, daß es in Österreich auch die Sprache der Behörden war und daß sich dieselben in Ungarn seiner neben dem bekannten Küchenlatein bedienten, wenn sie mit der Zentralbehörde in Wien oder mit den Kollegen in den Nebenländern der Stephanskrone zu verkehren hatten. Nur in der Lombardei und in Venetien galt für die Verwaltung die Sprache des dortigen Volkes ausschließlich. Als sich in den letzten Jahren der Metternichschen Ära liberale Ideen regten, bildeten die Liebhaber derselben eine Partei ohne Unterschied der Nationalität, und erst nach 1848 kam es zur Trennung derselben und zur Gruppierung um nationale Programme. Man fing unter den Slawen an, von „unterdrückten Nationalitäten“ zu reden, und weil die Regierung Sachs deutsch sprach und in gewissen Kreisen ebenfalls deutsch gesprochen wissen wollte, sollten die Deutschen die Unterdrückten sein, obwohl sie die grobe Faust der Reaktion jener fünfziger Jahre mindestens ebenso schwer zu empfinden hatten als die andern und kein deutsches patriotisches Lied singen, ja keinen deutschen Hut tragen konnten, ohne von der Polizei gemäßigelt zu werden. Kaum hatten die Ereignisse von 1859 wieder etwas Luft geschafft, so erhoben die deutschfeindlichen Parteien den Kopf von neuem, um zunächst durch Einwirkung auf die Schule ihre Zwecke zu fördern und dann allmählich andre Einrichtungen denselben dienstbar zu machen. Anders die Deutschen, deren Führer damals und noch lange nachher viel weniger auf nationale Abwehr und Eroberung als auf die Verwirklichung liberaler Doktrinen, Erwerbung einer Verfassung mit Zuhör, parlamentarische Rechte, Freiheit, wie sie im Buche steht, wirtschaftliche Freiheit nach den Lehren der Manchesterschule, ihr Augenmerk richteten und mit solchen Wünschen und Bemühungen ihren nationalen Segnern nicht

nur freie Hand ließen, sondern — freilich ohne es zu wollen — mitwirkten, ihnen Wege zu ebnen und zu verbreitern. 1861 sah die Partei, welche für jene Begehren hauptsächlich arbeitete, einen guten Teil ihrer Anliegen sich erfüllen. Die Monarchie erhielt mit Ausschluß Ungarns und Venetiens eine Verfassung und einen Reichsrat mit zwei Kammern, jedes Kronland besondere Statuten und einen eignen Landtag. Damit ging es eine Weile, aber bald kam es im Abgeordnetenhaus des Reichsrates zu heftigen Angriffen der Liberalen auf die Minister, und in den Landtagen erhoben die Slawen gefährliche Ansprüche, während die Magyaren im ungarischen nach der Verfassung von 1848 zurückstrebten. Der sich entwickelnde Parlamentarismus begann sich immer mehr zu bewähren. Mehrere Minister traten vor ihm zurück. Er brachte den Tschechen Belcredi ins Amt, der die Monarchie in fünf unabhängige Königreiche zerlegen wollte. Er willigte in den Ausgleich mit Ungarn, welcher sie in zwei Hälften zerriß, die Gelüste der Tschechen und Polen nach weiterer Abspaltung stärkte und die ungarischen Deutschen der Willkür der Magyaren preisgab. Er gelangte endlich mit dem Doktoren- oder Bürgerministerium vom Dezember 1867 aus Staatsruder, und hatte nunmehr Gelegenheit, zu zeigen, was er für die Lösung der nationalen Fragen und für das Deutschtum im besondern zu leisten gewillt und imstande sei. Wir bedauern sagen zu müssen, daß das Ministerium Carlos Auersperg und die liberale deutsche Partei, aus der es seiner Mehrheit nach hervorgegangen war, in dieser Beziehung so gut wie nichts geleistet hat, und dasselbe gilt von dem ersten Ministerium Taaffe und dem auf dieses folgenden, welche ihre Stütze teilweise ebenfalls in jener Partei fanden. Man war verfassungstreu, man setzte die Aufhebung des Konkordats durch, man führte verschiedene liberale Einrichtungen, z. B. Geschwornengerichte, ein. Die nationalen Wirren aber mußte man nicht zu beschwichtigen, und ebensowenig versuchte man eine Reform der wirtschaftlichen Zustände. Die Eröffnung der siebenzehn Landtage Cisleithaniens gab das Zeichen zu heftigen Angriffen auf die Verfassung, und jede Nationalität forderte möglichst weitgehende Autonomie, die Polen beanspruchten gleiche Unabhängigkeit wie die Ungarn, die Tschechen ebenfalls, die Slowenen Krains desgleichen. Darüber fielen wieder zwei Ministerien. Auflösungen des Abgeordnetenhauses und der Landtage halfen nichts, und so entschloß sich der Kaiser, einen neuen Weg zu betreten.

Im Februar 1871 wurde Graf Hohenwart mit der Bildung eines über den Parteien stehenden Kabinetts beauftragt. Dasselbe war aus ultramontanen, feudalen, polnischen und tschechischen Elementen zusammengesetzt, und sein Programm lief auf Hebung der Landtage und Schwächung der Macht des Zentralparlamentes hinaus. Das Abgeordnetenhaus des letztern versuchte das Ministerium mit parlamentarischen Hebeln zu stürzen, aber ohne Erfolg. Die Bewilligung der meisten Forderungen des galizischen Landtages erfolgte, die Befriedigung der Tschechen stand bevor, als Andrassy dem Kaiser Vorstellungen dagegen machte.

Hohenwart trat zurück und wurde durch Fürst Auerzperg ersetzt, der sich mit Kollegen umgab, welche der verfassungstreuen Partei Vertrauen einflößten. Die letztere kam, nachdem sie unter Hohenwart bei den Landtagswahlen unterlegen und darauffhin garnicht im Reichsrate erschienen war, durch Neuwahlen in Böhmen wieder oben auf, und das neue Wahlgesetz von 1873 half ihr weiter empor. Man sieht, es war ein sehr bewegtes, wechselvolles Leben, welches die Einführung des Parlamentarismus in Osterreich erzeugt hatte: er gebar Wahlsysteme auf Wahlsysteme, Parlamente der verschiedensten Arten, er ließ Ministerien aufstauen und Ministerien untergehen, nur die wichtigste aller vorliegenden Schwierigkeiten vermochte er nicht zu überwinden, im Gegenteile, wo er sie nicht ignorirte, vergrößerte er sie.

Wir können hier nicht alle Phasen des manchesterlichen Liberalismus, welcher der Wegweiser und Leitstern für die Führer der Deutschösterreicher war, im einzelnen weiter verfolgen. Es genüge, wenn wir sagen, daß die Partei, welche sich mehr zur Verwirklichung liberaler Theorien und zur Förderung kapitalistischer Interessen als zur Verteidigung des Deutschtums berufen glaubte, auch später an diesem Irrtume festhielt. Wie sie das Ministerium Hohenwart möglich gemacht hatte, so führten ihre Bestrebungen und mehr noch ihre Unterlassungssünden auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiete das zweite Ministerium Taaffe herbei, welches sich bis jetzt behauptet und in den letzten Jahren verschiedene wichtige Fragen des zweiten Gebietes glücklich gelöst hat, wogegen es mit der von ihm versuchten Versöhnung der Nationalitäten nicht so erfolgreich gewesen ist. Der Grund hiervon liegt zum großen Teile in der österreichischen Verfassung, und zwar in der Autonomie, welche sie den einzelnen im Reichsrate vertretenen Ländern verleiht. Die Bevölkerung derselben kann ihre besondern Angelegenheiten da, wo sie einer einzigen Nationalität angehört, ohne Schaden selbst verwalten, wogegen in den Landtagen derer, wo sie sprachlich gemischt ist, die Mehrheit der Vertreter die Annahme von Maßregeln und Einrichtungen durchsetzt, welche das an Zahl schwächere nationale Element im Lande zum Vorteile des stärkeren bedrücken und schädigen. Anträge, wie die im Reichsrate von Wurmbbrand und neuerdings von Scharfsmid gestellten, können dem nur zum Teil abhelfen, und der Vorschlag der Deutschen in Böhmen, der auf eine Art Teilung dieser Provinz in eine tschechische und eine deutsche Hälfte abzielte, würde zwar, wenn die Majorität des Landtages bewogen werden könnte, ihn anzunehmen, schreienden Ungerechtigkeiten ein Ziel setzen, aber nur hier, weshalb er auch in andern Ländern eingebracht und zur Geltung erhoben werden mußte. Indes enthält er den Keim eines Gedankens, der, weiter ausgepönnen und etwas verändert, zu einer befriedigenden Auseinandersetzung der Nationalitäten führen könnte, und der, bereits laut geworden, demjenigen Teile der deutschen Partei, welcher deren bisherige Schwächen und Mißgriffe erkannt hat und andre Wege einzuschlagen gewillt ist, zur Beherzigung em-

pfohlen werden darf. Dieser Gedanke läßt sich kurz in die Worte zusammenfassen: Autonomie nicht nach Ländern, sondern, soweit irgend möglich, nach Nationalitäten, Nationallandtage und über denselben für die allgemeinen Angelegenheiten Cisleithaniens der Reichsrat als Zentralparlament, kein Föderalismus, keine historisch=politischen Individualitäten, sondern ein nach ethnographischen Rücksichten gegliederter Organismus. Nach diesen Grundzügen würden die jetzt vielfach unnatürlichen Grenzen der Länder mit gemischter Bevölkerung wegfallen und Gruppen von möglichst rein nationaler Natur geschaffen werden, eine deutsche, die alle Deutschen der österreichischen Alpen-, Donau- und Sudetenländer, eine tschechische, welche alle Tschechen Böhmens, Mährens und Schlesiens umfaßte, eine polnische, eine ruthenische und eine slowenische. Später wäre dies auf Transleithanien auszudehnen. Die Gruppen hätten sich durch ihre Vertretungen selbst zu verwalten, soweit ihre besondern Interessen in Frage kommen, und erhielten neben ihren Provinziallandtagen Provinzialregierungen und, soweit es thunlich, niedere Verwaltungsbehörden mit Beamten ihrer Sprache. Das Deutsche bliebe für alle die Staatssprache, d. h. die Sprache des Heeres, des Auswärtigen Amtes, des Reichsrates und aller auf das Reich als Ganzes bezüglichen Angelegenheiten. Die Durchführung dieses Gedankens würde unleugbar großen Schwierigkeiten begegnen, unter andern finanziellen, aber wohl keinen unüberwindlichen. Kein Preis würde zu hoch sein, wenn er, wie zu erwarten wäre, durch den Erfolg, durch den mit ihm bezahlten Frieden zwischen den Nationalitäten und durch die endgiltige Befestigung des Reiches verzinst und amortisirt würde.

Inzwischen werden die österreichischen Deutschen sich in größerer Zahl, als bisher bereits geschehen ist, entschließen müssen, andern Führern zu folgen, als denen, durch die sie ein Vierteljahrhundert hindurch immer von neuem zu nationalen Niederlagen und Verlusten geführt worden sind. Die Geschichte der Verfassungspartei, dieser österreichischen Zwillingschwester unsrer deutschfreisinnigen Partei mit ihrem talmigoldnen Deutschtum, ihrem unfruchtbaren, halb advokatenhaften, halb professorlichen Liberalismus und ihrer aus Manchester geholten, nur dem Kapitalismus und dessen Hauptvertretern, den jüdischen Finanziers, zu Gute kommenden Weisheit ist eine Kette von Beweisen, daß sie unfähig ist, mit Erfolg zu regieren und Österreich zu wirtschaftlicher Wohlfahrt und nationalem Frieden zu verhelfen. Sie konnte nur zersetzen, nicht einigen. Am Ruder war sie eine Parteiregierung, der das Volk nichts als eine Masse war, geschaffen, dem Ehrgeiz und Eigennuz seiner Führer zu dienen; von der Herrschaft verdrängt, wurde sie zu faktischer Opposition. Es wäre verlockend, die einstigen Reichsräte aufzuzählen, die zugleich Verwaltungsräte bei einer oder mehreren der Schwindelbanken waren, welche in der von ihrer Partei hervorgerufenen Periode des Gründertums das Volk ausaugten, während andre Parlamentarier ihres Schlages, andre „Volksmänner“ im Rohre des

Eisenbahnausschusses saßen und sich ihre Pfeifen schnitten. Daß die Deutschen Österreichs sich von einer solchen Partei noch nicht in größerer Zahl abgewendet haben, erklärt sich aus dem Einflusse der Presse, welche, fast ausschließlich in jüdischen Händen, nach Möglichkeit und mit allen Mitteln das Publikum in seiner Verblendung über das Wesen und die letzten Ziele der „Herbstzeitlosen“ zu erhalten bemüht ist. Dieser Presse ist das Deutschtum nicht viel mehr als Mittel für den Liberalismus in der Politik und der Volkswirtschaft, nur ein Piedestal für ihn, dem die internationale Gemeinschaft, welcher die Journalisten angehören, alles dankt, was sie an Rechten besitzt, und der ihr durch sein Dringen auf freie Konkurrenz die Bahnen zur Ausbeutung der Völker nach allen Richtungen zu bauen bestrebt ist. Diese Gemeinschaft, die Judenschaft in Österreich, hat keinerlei Interesse an unsern nationalen Geschicken, dagegen das höchste Interesse, daß der Liberalismus, die Quelle ihrer Macht und ihrer Vorteile, die Herrschaft im Volke und damit die Aussicht behalte, wieder ins Amt zu gelangen. Daher der heftige Kampf der meisten österreichischen Blätter von Bedeutung, der sich gegen die in den letzten Jahren aus Selbsterkenntnis entsprungene neue Partei unter den Liberalen entspann, welche die Bedürfnisse der Nation über die liberale Doktrin zu stellen und für dieses Programm zu werben sich anschickte. Davon, daß die neue deutschnationale Partei oder eine ähnlich gesinnte und strebende alle Deutschen in Österreich oder doch die Mehrzahl derselben um ihre Fahnen sammelt, wobei sie getrost soweit gehen kann, daß auch die hauptsächlich vom Kapitalismus in das Lager der Tschechen getriebenen Feudalen gemäßigter Art sich ihr anzuschließen in der Lage sind, hängt der Ausgang der Krise wesentlich ab. Die Resolution der Grazer Genossen dieser Partei (vom 5. Juli 1885) ist in mehreren ihrer Punkte als ein guter Anfang zu einem beachtenswerten Programm zu bezeichnen. Es heißt darin unter anderm: „Dem Deutschnationalen sind nationale Wohlfahrt und Größe, Schutz der nationalen Eigenart und des nationalen Lebens die Endziele alles politischen Strebens. . . . Deutschnationale Gesinnung erfordert nicht nur die Wahrung des statistischen Besitzstandes der Nation; sie umfaßt die Rücksicht auf die nationale Eigenart und verlangt daher auch die Wahrung und Pflege des ethischen Besitzstandes des deutschen Volkes, insbesondere die Abwehr aller fremden Einflüsse, welche das Gepräge des geistigen und sittlichen Lebens der Nation abzuschwächen oder zu verändern geeignet sind. Bei dem großen Einflusse, welchen die Presse als einzige geistige Tagesnahrung der Mehrheit des Volkes auf dessen Denken und Fühlen ausübt, ist deren Beherrschung durch die Juden als Gefahr für die Integrität des deutschen Nationalcharakters zu bekämpfen.“ Weiterhin verlangt das Programm „einheitliche Zusammenfassung der deutschen Volkselemente innerhalb der gegebenen Grenzen,“ Erklärung des Deutschen im Bereiche der ehemals zum deutschen Bunde gehörigen Länder zur Staatssprache, Festhaltung des deutschen

Sprachgebietes mit allen gesetzlichen Mitteln und „Besserung der wirtschaftlichen Zustände in dem Sinne, daß bei gleichzeitiger Entlastung des Mittelstandes und ausgiebiger Heranziehung des beweglichen Kapitals zur Steuerleistung durch umfassende Reformen nach dem Vorbilde der Bismarckschen den produzierenden Klassen der Ertrag ihres Fleißes gewährleistet und jedem ehrlich arbeitenden Staatsbürger ein menschenwürdiges Dasein bis an sein Lebensende gesichert werde.“ Der Schluß lautet: „Das deutschnationale Bekenntnis ist ein freisinniges; es schließt jedoch den doktrinären Liberalismus aus, welcher sich als Selbstzweck hinstellt, als eine internationale Macht gelten will und den nationalen Gedanken in ein untergeordnetes Verhältnis bringt.“

Wir halten die angeführten Ansichten und Absichten für gesund und, wenn sie im deutschösterreichischen Volke Gehör finden, für wohlgeeignet, mit einigen Ergänzungen, welche die Wege und Mittel zur Verwirklichung anzugeben hätten, zu befriedigender Auseinandersetzung der Nationalitäten und zu einer Befestigung der Deutschen zu führen oder doch die Bahn hierzu vorzubereiten. Sedenfalls aber begegnen wir hier erwachender Selbsterkenntnis und ehrlichem Willen, der Unterstützung verdient. Selbstverständlich gilt letzteres von allen Aktionen, mit denen die alte Partei aufrichtig und ohne Hintergedanken gleichfalls für deutsche Ziele eintreten wollte. Denn es handelt sich hier nicht um einzelne Parteien, sondern um das, worin alle einig sind, und was nur von den einen vor allem, von den andern erst an zweiter Stelle erstrebt wird.



Die Geschichte der Gotthardbahn.

(Schluß.)



ur Vorbereitung des Tunnelbaues hatte das Komitee der Gotthardvereinigung schon umfassende Vorarbeiten machen lassen. Diese bildeten die Grundlage, auf welcher am 5. April 1872 die Direktion der Gotthardbahn eine Konkurrenz ausschrieb für die Übernahme dieses Werkes. Von den sieben Bewerbern blieben schließlich nur zwei annehmbare übrig, eine italienische Gesellschaft und der Bauunternehmer Louis Favre in Genf. Letzterer erhielt den Vorzug, nicht allein weil sein Gebot das billigere war, sondern auch weil er persönlich eines seltenen Zutrauens, namentlich bei seinen Genfer Mitbürgern, sich erfreute. Diese hatten ihn auch in den Stand gesetzt, die geforderte große Kaution von acht Millionen Franken zu stellen.